

WAS TUN GEGEN MILITARISIERUNG DER BILDUNG?

**BUNDESWEHR RAUS AUS DEN SCHULEN!
KEINE MILITÄRFORSCHUNG AN HOCHSCHULEN -
ERHALT DER ZIVILKLAUSELN!**



Info und Debatte

Fr. 13.06.2025 18:30 Uhr

Studierendenhaus der Universität Kassel

Universitätsplatz 10, 34127 Kassel

GEW-Kreisverband Stadt Kassel

mit Beteiligung von Jugendbündnis gegen Militarisierung
Kassel; Stadtschüler*innenrat Kassel

Die von der Ampelregierung mit dem Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine ausgerufene Zeitenwende hat die Militarisierung der deutschen Gesellschaft sprunghaft eskalieren lassen. In der andauernden wirtschaftlichen Rezession setzt die künftige Bundesregierung nun erst recht auf Aufrüstung der Bundeswehr und Rüstungsproduktion als Rettungsanker für den „Standort Deutschland“. Zur Einstimmung auf eine offensive Außenpolitik werden Begriffe wie "Kriegstüchtigkeit" wieder salonfähig gemacht. Der russische Krieg gegen die Ukraine wird als Vorwand genutzt, eine angebliche "Landesverteidigung" - also Aufrüstung innerhalb Deutschlands und der EU - zu rechtfertigen.

Die Bundeswehr muss dafür auch personell stark aufgestockt werden. „Um Deutschland in der Fläche mit modernem Kriegsmaterial zu verteidigen“, spricht der deutsche Reservistenverband von 300.000 bis 350.000 benötigten aktiven Soldaten und bis zu knapp einer Million Reservisten.

Um diese Zahlen zu erreichen und die ideologische Zustimmung zum Aufrüstungsprogramm zu steigern, wird auch in deutschen Bildungseinrichtungen in zunehmendem Maß die Webetrommel gerührt. „Wir verankern unsere Bundeswehr noch stärker im öffentlichen Leben und setzen uns für die Stärkung der Rolle der Jugendoffiziere ein, die an den Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen.“ So steht es im Koalitionsvertrag. Wenn der „zunächst auf Freiwilligkeit“ basierende „neue Wehrdienst“ nicht genügend junge Menschen in die Bundeswehr zieht, soll die Schraube angezogen werden. Gleichzeitig hält es der CDU-Außenpolitiker Kiesewetter für „zwingend nötig“, dass in Schulen „der Ernstfall geübt wird“. Strack-Zimmermann (FDP) erklärt, es sei an der Zeit, „vor allem junge Menschen“ „im Hinblick auf äußere Einflüsse oder mögliche Angriffe“ aufzuklären.

Viele junge Menschen und ihre Eltern reagieren darauf verständlicherweise mit großer Unsicherheit, Zukunftsängsten und berechtigter Ablehnung. Dieser bedrohlichen Entwicklung für den Bildungsbereich wollen wir mit einer Kampagne entgegentreten!

ALS ERSTEN SCHRITT LADEN WIR ALLE INTERESSIERTEN EIN, SICH MIT UNS DAFÜR MIT HILFE VON EXPERTEN UND ENGAGIERTEN BETROFFENEN ÜBER DRÄNGENDE FRAGEN UND FAKTEN AUSTAUSCHEN:

- ★ **Mit welchen Mitteln und Methoden werden wir auf Kriegstüchtigkeit getrimmt?**
- ★ **Welche Lebensperspektiven sehen junge Menschen für sich?**
- ★ **Welche Pläne verfolgt die künftige Bundesregierung (Stichwort: „freiwillige Wehrpflicht“)?**
- ★ **Wie wird die Militarisierung im Bildungsbereich vorangetrieben?**
- ★ **Was ist überhaupt dran an der Erzählung, es sei demnächst mit einem Angriff Russlands auf NATO-Staaten oder gar auf Deutschland zu rechnen?**
- ★ **Wie kann man Bundeswehr-Werbeveranstaltungen und Jugendoffizieren in Bildungseinrichtungen entgegentreten?**
- ★ **Mit welchen Folgen ist für Kassel als Rüstungsstandort zu rechnen?**
- ★ **Welche Folgen haben die massiven Investitionen in die Aufrüstung auch für den Bildungsbereich?**